FORSCHUNGSPLATTFORM RECHT (FPR)

LEISTUNGSPROFIL

Ziel der Forschungsplattform Recht ist es, aktuelle, zukunftsoffene, rechtliche sowie rechtspolitische Fragen zu erforschen und zu erörtern. Die Forschungsplattform Recht (FPR) fasst derzeit folgende gemeinnützige Forschungszentren zusammen:

- Forschungszentrum Umweltrecht **(FZU)**,
- Forschungszentrum Technikrecht **(FZT)**,
- Forschungszentrum Katastrophenrecht **(FZK)** und
- das Institut für Gesetzgebung und Verfassung **(IGV)**

Die Forschungszentren arbeiten an der Humboldt-Universität zu Berlin und sind als gemeinnützig tätige Vereine in das Vereinsregister von Berlin eingetragen. Zugleich sind einige der Forschungszentren als Ausbildungsstationen für Referendare staatlich anerkannt.

FZK/FZU-Tagung im Senatsaal der Humboldt-Universität zum Hochwasserschutz am 05. Mai 2008

Seit über einem Jahrzehnt finden unter der Leitung der einzelnen Forschungszentren zahlreiche Sympo-

sien, Vorträge, Tagungen und Konferenzen statt, von denen bisher die meisten an der Humboldt-Universität zu Berlin veranstaltet worden sind. Insgesamt haben die Institute bislang **über 40 Tagungen, Symposien und Vorträge** veranstaltet.

IGV-Tagung vom 24. September 2010 zum Thema „Gesetzgebungsoutsourcing – Gesetzgebung durch Rechtsanwälte"

Für Forschungsprojekte haben die Forschungszentren schon mehr als **1,5 Mio. € Forschungsmittel** überwiegend bei den großen Wissenschaftsstiftungen eingeworben. Aus ihren Arbeiten sind bisher mehr als **150 Veröffentlichungen** entstanden. Zu den Referenten gehörten, neben vielen bekannten Rechtswissenschaftlern, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Bundesrichter sowie namhafte Politiker, insbesondere Bundesminister (Sigmar Gabriel, Renate Künast, Wolfgang Schäuble, Norbert Röttgen, Peter Altmaier) und Landesminister (u.a. Tanja Gönner, Katrin Lompscher, Ulrich Nußbaum, Matthias Platzeck) sowie Staatssekretäre und Präsidenten von Bundes- bzw. Landesbehörden. Für den interdisziplinären Austausch wirken an den Veranstaltungen regelmäßig auch Referenten aus anderen Wissenschaftsbereichen sowie Führungskräfte aus Verbänden und Wirtschaft mit.

FPR-TEAM

Das Team der Forschungsplattform Recht umfasst aktuell 14 Mitarbeiter. Die Leitung der Forschungsplattform hat **Prof. em. Dr. Michael Kloepfer**.

Prof. em. Dr. Michael Kloepfer, 1974–1976 Professor an der Freien Universität Berlin, 1976–1992 Professor an der Universität Trier, 1982 Gastprofessor in Sendai (Japan), 1990–1992 Mitglied der deutsch-deutschen Arbeitsgruppe Umweltrahmengesetz, 1991–1996 Gastprofessor in Lausanne, seit 1992 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht, Umweltrecht, Finanzrecht und Wirtschaftsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, Direktor am Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, 1992–1998 stellvertretender Vorsitzender der unabhängigen Sachverständigenkommission „Umweltgesetzbuch", 1996 Gastprofessor in Kobe (Japan), 1999 Gastprofessor in Stanford (USA), 1999–2001 und 2005–2007 Vorsitzender der Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft e.V., seit 2008 Mitglied der Schutzkommission der Bundesregierung.

Prof. em. Dr. Michael Kloepfer, Leiter der Forschungsplattform Recht und Präsident der vier Forschungszentren (FZU, FZK, FZT und IGV)

Den Forschungszentren steht jeweils ein **dreiköpfiges Präsidium** im Rahmen ihrer Vereinstätigkeit vor. Neben Prof. em. Dr. Michael Kloepfer zählen weitere Juristen zu den Präsidiumsmitgliedern:

Rechtsanwalt Dr. Gerhard Michael, Präsidiumsmitglied (Schatzmeister) im FZU, FZT und FZK

Rechtsanwalt Dr. Fabian Quast, Präsidiumsmitglied (Schriftführer) im FZU und FZT

Rechtsanwalt Dr. Mathias Hellriegel, LL.M. Präsidiumsmitglied (Schriftführer) im FZK

Rechtsanwältin Dr. Stefanie Lejeune, Präsidiumsmitglied (Schatzmeisterin) im IGV

FPR-Team: Mitarbeiter der Forschungsplattform Recht, (auf dem Foto sind nicht alle Mitarbeiter abgebildet), Juli 2012

Privatdozent Dr. Kai von Lewinski, Präsidiumsmitglied (Schriftführer) im IGV

Das Team der Forschungsplattform Recht und ihrer Institute besteht derzeit aus folgenden Mitarbeitern:

Antonia Folgmann (FZK) – WiMi*,
Henrik Gartz (FZU) – WiMi,
Elke Glienke (Sekretariat),
PD Dr. Kai von Lewinski,
Malte Preuß (IGV) – HiWi*,
Norman Reich, LL.M. (King's College London) (IGV) – WiMi,
Mandira Reschke (IGV) – WiMi,
Hrvoje Santek (FZU) – WiMi,
Eva Dittes (FZK) – WiMi,
Rico Neugärtner (FZK) – WiMi,
Christoph Schmidt (FZK) – HiWi,
Thomas Dollmaier (FZU) – HiWi,
Thomas Weigelt (FZK) – WiMi
Julian Zwicker (FZU) – HiWi

* HiWi – studentischer Mitarbeiter; WiMi – wissenschaftlicher Mitarbeiter

FORSCHUNGSZENTRUM UMWELTRECHT (FZU)

AUFGABEN UND ZIELE

Der **gemeinnützige Verein „Forschungszentrum Umweltrecht e.V.“ (FZU)** mit Sitz in Berlin wurde 1996 von Juristen aus Wissenschaft und richterlicher sowie anwaltlicher Praxis gegründet. Aufgabe des Forschungsinstituts ist es, das deutsche, europäische, ausländische und internationale **Umweltrecht zu erforschen**, zu erörtern und seine praktische Anwendung zu fördern.

Das FZU ist bestrebt, im Bereich des Umweltrechts neue Verbindungen zu knüpfen. Neben einer engen Zusammenarbeit zwischen Rechtswissenschaft und Rechtspraxis verfolgt das FZU vor allem einen verstärkten **Gedankenaustausch** zwischen der Rechtswissenschaft und anderen umweltbezogenen Wissenschaftszweigen. Ziel ist es, denjenigen, die in ihrem Berufsfeld täglich mit umweltrechtlichen Fragestellungen befasst sind, ein Forum zu bieten, in dem sie sich gemeinsam über **aktuelle Fragen des Umweltrechts** verständigen können.

FPR-Team auf der Tagung vom 09./10. Oktober 2008, zum Thema Umweltgesetzbuch 2009

Das Umweltrecht genießt einen besonderen Stellenwert, da es heute in alle wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Fragen hineinragt und für die zukünftigen Generationen nach einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit seiner Gestaltung für die Zukunft verlangt. Das FZU initiiert und fördert daher Projekte, die sich mit dem **„Umweltrecht von morgen"** befassen. Zu seinen großen Projekten zählt die **Einführung eines Umweltgesetzbuchs**. Die Gestaltung eines innovativen und praxisnahen Umweltrechts, das dem verfassungsrechtlichen Anspruch des nachhaltigen Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gerecht wird, ist die Herausforderung, die die Arbeit des FZU antreibt.

Das FZU veröffentlicht zu seinen Veranstaltungen Tagungsbände, die in der **Schriftenreihe** „Schriften zum Umweltrecht (SUR)", Verlag Duncker & Humblot, erscheinen.

Das **Präsidium** des Forschungszentrums Umweltrecht e.V. besteht aus Prof. em. Dr. Michael Kloepfer (Präsident), Rechtsanwalt Dr. Gerhard Michael (Schatzmeister) und Rechtsanwalt Dr. Fabian Quast (Schriftführer).

AKTUELLE PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN

- **Tagung** zum **Umweltschutz als Rechtsprivileg** am 19. April 2013 im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin
- **Tagung „Private Produktbeobachtungspflichten im Umweltrecht"** voraussichtlich im Frühjahr 2014
- Neuauflage des **Lehrbuchs „Umweltrecht"** von Prof. Dr. Michael Kloepfer, erscheint voraussichtlich 2013 in der 4. Auflage, Verlag C. H. Beck

Tagung Hochrisikoanlagen - Notfallschutz bei Kernkraft-, Sondermüll- und Chemieanlagen), Tagung am 05. Mai 2011 in Berlin (in Zusammenarbeit mit FZT und FZK)

ABGESCHLOSSENE PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN

Die nachfolgend vorgestellten Projekte und Veranstaltungen bilden nur eine **kleine Auswahl**, die Einblick in die vielseitigen Tätigkeiten des FZU und seines Präsidenten, Prof. em. Dr. Michael Kloepfer, geben sollen:

- Mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt hat das FZU ein **Forschungsprojekt** zu dem komplexen Thema **„Föderalismus und Umweltschutz"** erfolgreich abgeschlossen. Die erste Phase des Projekts wurde mit dem **Symposium „Abfallrecht und Föderalismus"** am 29. Mai 1998 abgeschlossen. Das Projekt widmete sich den zahlreichen rechtlichen, rechtsstaatlichen und rechtspolitischen Problemen der Wahrnehmung von Aufgaben des Umweltschutzes im föderalistischen Staat bzw. in der EU. Bei diesem Projekt ging es um eine klare Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Unter-

schieden der verschiedenen Umweltrechtsordnungen für Rechtsanwender. Im Vordergrund stand, das regional außerordentlich differenzierte Umweltrecht handhabbar zu machen und dabei Entwicklungen für überregional relevante Produkt- und Verfahrenseinführungen zu erleichtern. Die zweite Phase des Projekts (Hauptphase) fand ihren Abschluss mit der **Tagung "Umweltschutz und Föderalismus"** am 24. und 25. April 2001.

- In den Jahren 1999-2000 war das FZU mit einem umfangreichen **Forschungsvorhaben** zu dem Thema **„Soziale und räumliche Umweltgerechtigkeit – Environmental Justice in Deutschland"**, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt wurde, befasst. Im Rahmen dieses Projekts wurde die US-amerikanische Debatte über „Environmental Justice" aufgegriffen, also Umweltschutz nicht vorrangig unter dem Blickwinkel der Vermeidung von Umweltbelastungen, sondern der möglichst **gerechten Verteilung solcher Umweltbeeinträchtigungen** betrachtet. Aus der umfassenden Thematik greift das Projekt zwei der wichtigsten Verteilungsaspekte des Umweltschutzes heraus: die soziale und die räumliche Umweltgerechtigkeit. Beide Aspekte wurden erfasst, systematisiert, bewertet und insbesondere am **Beispiel der Platzierung umweltbelastender Anlagen** und der sog. ökonomischen Instrumente des Umweltschutzes analysiert.
- In den Jahren 2004/2005 war Prof. Dr. Michael Kloepfer an dem **Projekt „Lärmschutz (NOI)"** beteiligt, das in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie die **Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen zu erforschen** hatte. Hierbei wurden in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe Probleme des Umgebungslärms, **insbesondere des Verkehrslärms** unter verschiedenen (medizinischen, soziologischen, rechtlichen) Aspekten untersucht. Ziel des Projektes war es, zu einer Vereinheitlichung der für den Umgebungslärm geltenden Vorschriften im europäischen Rechtsraum zu gelangen.
- Zwischen 2006 und 2009 befasste sich das FZU mit dem von der DFG geförderten **Forschungsprojekt „Rechtliche Verschränkungen und Konflikte zwischen raumgebundenem Kulturgüterschutz und dem Umwelt- und Planungsrecht"**. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen den beiden Rechtsgebieten zeigen sich nicht nur auf völkerrechtlicher Ebene etwa durch die UNESCO-Welterbekonvention, die sowohl das Kultur- als auch das Naturerbe der Welt schützt. Beispiele finden sich etwa auch im deutschen Recht der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie im Bauplanungsrecht bei der Aufstellung der Bauleitpläne. In dem Forschungsprojekt wurden die Gemeinsamkeiten dieser beiden Rechtsgebiete analysiert und herausgearbeitet. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der **Analyse der verschiedenen Schutzmechanismen im Umwelt- wie im Kulturgüterschutzrecht** sowie der Möglichkeit gegenseitiger Synergieeffekte.

M. Kloepfer, Das kommende Umweltgesetzbuch, erschienen in: Schriften zum Umweltrecht, Duncker & Humblot, 2007; Der Tagungsband stellte die gewandelten verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben für ein UGB sowie die inhaltlichen Aspekte einer künftigen Umweltrechtskodifikation in den Vordergrund.

- Seit 2005 war Prof. Dr. Michael Kloepfer in die **Vorarbeiten für das Umweltgesetzbuch** einbezogen, das von der Bundesregierung als umfassende Umweltrechtskodifikation geplant war. Das Forschungszentrum Umweltrecht hat am 21. Juni 2006 zu dieser Thematik eine **Tagung „Auf dem Weg zum Umweltgesetzbuch"** durchgeführt. In dem Tagungsband „Das kommende Umweltgesetzbuch" sind die Inhalte und Erkenntnisse aus dieser Tagung wissenschaftlich dokumentiert. Zu den Referenten dieser Tagung gehörten *MinDirig Hubert Steinkemper, Prof. Dr. Hans-Joachim Koch, Prof. Dr. Christian Calliess, Dr. Günter Gaentzsch, MinR Dr. Christof Sangenstedt, Dr. Wolfgang Spoerr, MinR'in Dr. Susanne Lottermoser, Prof. Dr. Wolfgang Kahl.*

Tagung am 06. Juli 2012 „Das neue Recht der Kreislaufwirtschaft" im Fritz-Reuter-Saal der HU Berlin

- **Umweltstaat**
  Schlusskongress des Ladenburger Kollegs „Umweltstaat", 15. und 16. September 1993 in Berlin (Referenten: *Prof. Dr. Giesbert Freiherr zu Putlitz, Clemens Stroetmann, Prof Dr. Michael Kloepfer, Prof. Dr. Marlies Dürkop, Prof. Dr. Carl-Friedrich Gethmann, Prof. Dr. Dietrich Murswiek, Prof. Dr. Alfred Endres, Prof. Dr. Eckard Rehbinder, Prof. Dr. Horst Zimmermann;* Diskussionsleiter: *Prof. Dr. Dieter Cansier, Prof. Dr. Lothar F. Neumann, Prof. Dr. Peter Marburger*)
- **Schübe des Umweltbewusstseins und der Umweltrechtsentwicklung**
  Wissenschaftliches Kolloquium, 5. und 6. September 1994 in Ladenburg (Referenten: *Prof. Dr. Franz-Josef Brüggmaier, Prof. Dr. Samuel P. Hays, Prof. Dr. Francois Walter, Prof. Dr. Hans-Peter Benöhr, Prof. Dr. Rainer Schröder, Prof. Dr. Michael Kloepfer*)
- **Umweltschutz und Planung**
  Fachtagung, 5. Juni 1996 in Berlin (Referenten: *Prof. Dr. Otto Schlichter, Dr. Günther Gaentzsch, Prof. Dr. Ulrich Battis;* Diskussionsleiter: *Prof. Dr. Michael Kloepfer*)
- **Bodenschutz in Wissenschaft und Praxis – Probleme eines Bundes-Bodenschutzgesetzes** (zusammen mit FZT)
  Tagung, 4. und 5. Juli 1996 in Falkenrehde bei Potsdam (Referenten: *Matthias Platzeck, Dr. Wolfgang Dinkelberg, Hartmut Gaßner, Dr. Frank-Andreas Schendel, RegDir Ekkehard Mack*)
- **Selbstregulierung im Umwelt- und Technikrecht**
  Universitätsseminar, Wintersemester 1996/1997 in Berlin (zusammen mit FZT)
- **Selbstbeherrschung im technischen und ökologischen Bereich** – Selbststeuerung und Selbstregulierung in der Technikentwicklung und im Umweltschutz
  Kongress, 29. und 30. Mai 1997 in Berlin (zusammen mit FZT)
  (Referenten: *Prof. Dr. Wolfgang Huber, Prof. Dr. Wolfgang van*

Abfallwirtschaft im Bundesstaat - Perspektiven des föderalen Umweltschutzes am Beispiel der Abfallwirtschaft, Tagungsband, Band 132, erschienen in: schriften zum Umweltrecht im Duncker & Humblot, 2002

Humboldtrede des Bundesumweltministers *Dr. Norbert Röttgen*, 11. Februar 2010 in Berlin zum Thema „Was bedeutet Fortschritt heute - Perspektiven einer zukunftsfähigen Umwelt- und Energiepolitik"

den Daele, Prof. Dr. Joachim Jens Hesse, Prof. Dr. Hubert P. Johann, Prof. Dr. Helmut Reihlen, Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß, Prof. Dr. Dieter Cansier, Prof. Dr. Udo Di Fabio, Prof. Dr. Horst Sendler, Prof. Dr. Walter Leisner, Walter Hirche; Diskussionsleiter: *Prof. Dr. Ulrich Battis, Prof. Dr. Blankennagel, Prof. Dr. Ingolf Pernice, Prof. Dr. Michael Kloepfer*)

- **Abfallrecht und Föderalismus**
  Symposium des Forschungszentrums Umweltrecht e.V., 29. Mai 1998 in Berlin (Referenten: *Prof. Dr. Michael Kloepfer, Prof. Dr. Heinrich Frhr. v. Lersner, MinDir Dr. E.h. Dietrich Ruchay, MinDir Otto Wanieck, Dr. Wolfgang Klett, Dr. Frank Andreas Schendel, Hellmut Kölnigshaus, Yvonne Collet*)
- **Die Zulassung des vorzeitigen Beginns im Umweltrecht und Technikrecht**
  Fachtagung, 20. November 1998 in Berlin (zusammen mit FZT) (Referent: *Dr. Bernd Ochtendung*)
- **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Umwelt- und Technikrecht**
  Tagung, 24. November 1999 in Berlin (Referenten: *Dr. Claus-Peter Martens, Willi Vallendar*)
- **Die Umweltpolitik der Bundesregierung** unter besonderer Berücksichtigung der Zukunft einer Kodifikation des Umweltrechts; Vortrag vom *Staatssekretär Rainer Baake (BMU)* am 29. März 2000 in Berlin
- **Fortentwicklung des Umweltrechts – Europa als Modell oder Problem?**
  Vortrag vom *Staatssekretär Rainer Baake (BMU)* am 6. Juni 2000 in Berlin
- **Umweltföderalismus – Föderalismus in Deutschland: Motor oder Bremse für den Umweltschutz?**
  Tagung, 24. und 25. April 2001 in Berlin (Referenten: *Steffen Flath, Prof. Dr. Hartmut Bauer, Dr. Helmut Blöch, Prof. Dr. Juliane Kokott LL.M., Prof. Dr. Franz-Josef Peine, Dr. Alexander Schink, Dr. Stefan Paetow, Prof Dr. Ludwig Krämer, Prof. Dr. Astrid Epiney, Hellmut Königshaus, MinR. Dr. Frank Petersen, Prof. Dr. Walter Frenz, Dr. Claus-Peter Martens, LMR Dr. Klaus Hansmann, Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Dr. Birgit Spießhofer, MinDir. Bernhard Remde, Prof. Dr. Edmund Brandt, Dr. Frank Andreas Schendel, MinR. Dr. Konrad Berendes, Prof. Dr. Rüdiger Breuer*)
- **Altlasten, Umweltschutz und Verfassung**
  Vortrag von *Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier,* 7. Februar 2002 in Berlin
- **Abfallwirtschaft im Bundesstaat** - Perspektiven des föderalen Umweltschutzes am Beispiel der Abfallwirtschaft
  Tagung, 21. März 2002 in Berlin (Referenten: *Prof. Dr. Ludger-Anselm Verstyl, Dr. Alexander Schink, Prof. Dr. Wolfgang Kahl, Dr. Eric Schweitzer, Prof. Dr. Michael Kloepfer*)
- **Diskussionsveranstaltung zum Thema Treibhausgasemissionsrechtehandel**

Tagung, 30. April 2004 in Berlin (Referenten u.a.: *Dr. Dirk Weinreich, Dr. Wolf Friedrich Spieth*)

- **Die Zukunft des Jagdrechts in der Bundesrepublik Deutschland: Reformbedürftig oder bewährt?**
  Tagung, 22. April 2005 in Berlin (Referenten: *Matthias Berninger, Prof. Dr. Michael Kloepfer, Ralph Müller-Schallenberg, Hans Jürgen Thies, Prof. Dr. Detlef Czybulka, Prof. Dr. Hans Walter Louis, Wilhelm Bode, Dr. Georg Sperber*)
- **Diskussionsveranstaltung zum Thema Umweltgesetzbuch**
  Tagung, 28. November 2005 in Berlin (Referent u.a.: *MinDrig. a.D. Dr. Andreas Gallas*)
- **Die Umweltpolitik der neuen Bundesregierung**
  Vortrag des Bundesumweltministers *Sigmar Gabriel*, 20. Februar 2006 in Berlin
- **Das Umweltgesetzbuch 2009**
  Tagung, 9. und 10. Oktober 2008 in Berlin (in Verbindung mit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer) (Referenten: *Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jürgen Papier, Dr. Dieter Sellner, Alfred Wirtz, Prof. Dr. Michael Kotulla, Prof. Dr. Gellermann, Dr. Christoph Sangenstedt, Hubert Steinkemper, Dr. Albrecht Rittmann, Dr. Johannes Ludewig, Dr. Marianne Klingbeil, Dr. Matthias Miersch*)
- **Humboldtrede des Bundesumweltministers** *Dr. Norbert Röttgen*, 11. Februar 2010 in Berlin zum Thema „Was bedeutet Fortschritt heute - Perspektiven einer zukunftsfähigen Umwelt- und Energiepolitik"
- **Hochrisikoanlagen (Notfallschutz bei Kernkraft-, Sondermüll- und Chemieanlagen),**
  Tagung am 05. Mai 2011 in Berlin (in Zusammenarbeit mit FZT und FZK) (Referenten: *Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Gerd Jäger, Wolfram König, Dr. Wolfgang Gerhardt, MinDir Hubert Steinkemper, Jörg Schmidt, Astrid Krüger, Dr. Mathias Hellriegel LL.M., MinDir Dr. Manfred Schmidt, Christoph Unger, Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß, Prof. Dr. Michael Kloepfer*)
- **„Das neue Recht der Kreislaufwirtschaft"**
  Tagung am 06. Juli 2012 in Berlin (Referenten: *Prof. Dr. Klaus Meßerschmidt, Arno Rasek, Peter Kurth, Dr. Frank Petersen, Dr. Peter Queitsch, Prof. Dr. Andrea Versteyl, Dr. Helge Wendenburg, Prof. Dr. Dr. hc. Thomas Schomerus*)
- **Humboldtrede des Bundesumweltministers Peter Altmaier,** zum Thema „Energie für den Umweltschutz" am 15. Oktober 2012 im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel

Bundesumweltminister Peter Altmaier trägt sich am 15. Oktober 2012 in das Goldene Buch der Humboldt-Universität ein.

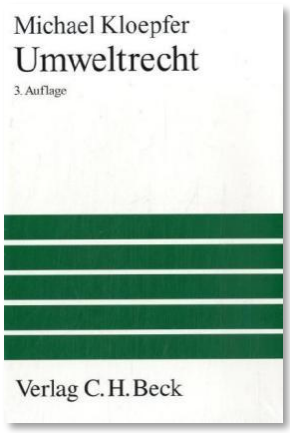
- **Umweltstrafrecht,**
  Tagung am 22. Februar 2013 (siehe Abbildung, oben) zur Umsetzung europäischer Vorgaben durch das 45. Strafrechtsänderungsgesetz (Referenten: *Prof. Dr. Frank Saliger, Prof. Dr. Hero Schall, Prof. Dr. Martin Heger, Staatsanwalt Prof. Dr. Michael Pfohl und Rechtsanwalt Felix Rettenmaier*); Tagungsband im Erscheinen

VERÖFFENTLICHUNGEN

- M. Kloepfer, Umweltschutz als Verfassungsrecht: Zum neuen Art. 20a GG, DVBl. 1996, S. 73-80.
- M. Kloepfer, On the Codification of German Environmental Law, in: H. Bocken u.a. (publ.), The Codification of Environmental Law, Kluwer Law International, The Hague u.a.: 1996, S. 87 - 100
- M. Kloepfer, Instruments of Direct Behavioural Regulation, in: G. Winter (publ.), European Environmental Law, A comparative Perspective Dartmouth: Aldershot 1996, S. 63 - 79 (mit G. Winter)
- M. Kloepfer, Umweltschutz zwischen Ordnungsrecht und Anreizpolitik: Konzeption, Ausgestaltung, Vollzug, ZAU 1996, S. 56 - 66, 200 - 209
- M. Kloepfer, Freiheit und Umweltschutz, in: zu Putlitz/Schade (Hrsg.), Wechselbeziehungen Mensch - Umwelt - Technik, Schäffer-Poeschel: Stuttgart 1996, S. 188 – 293
- T. Brandner, Kommentierung des § 59 KrW-/AbfG, in: Jürgen Fluck (Hrsg.), Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht (Kommentar), C.F. Müller: Heidelberg 1996ff. (Loseblatt, 12. EL Sept. 1998)
- M. Kloepfer, Kommentierung des Art. 20 a GG, in: Dolzer/Vogel, Bonner Kommentar (77. Lfg., Okt.1996), C.F.Müller: Heidelberg, S. 1 – 44

- M. Kloepfer, Abfallverbringungsabgabe und Verfassungsrecht, UPR 1997, S. 81 - 88; teilweise erweitert abgedruckt unter dem Titel in: Klett (Hrsg.), Abfall und Haftung, 5. Kölner Abfalltage 1996, Gutke: Köln 1997, S. 251 - 287; erheblich erweitert abgedruckt in Deutsches Anwaltsinstitut e.V. (Hrsg.), Brennpunkte des Verwaltungsrechts, Bochum 1997, S. 82 – 119
- T. Brandner, Änderungen von Rechtsverordnungsentwürfen durch das Parlament - Zur Verfassungsmäßigkeit von § 59 KrW-/AbfG und von § 20 Abs. 2 UmweltHG, in: Di Fabio/Marburger/Schröder (Hg.), Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 1997, 1997, S. 119-139
- M. Kloepfer, Zur Geschichte des Umweltrechts seit 1945, in: Kley u.a. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Ritter, Otto Schmidt: Köln 1997, S. 873 - 899
- M. Kloepfer, Europäische Verpackungsrichtlinie und deutsche Verpackungsverordnung, EWS Bd. 2 zu Heft 7/1997, S. 1 - 11
- M. Kloepfer, Kodifikation und Fortschritt im Umweltrecht. Thesen zur Kodifikation des Umweltrechts als Mittel zu dessen ökologischer Fortentwicklung, in: Haller u.a. (Hrsg.), Festschrift für Günther Springer: Wien, 1997, S. 435 - 445
- M. Kloepfer, Der Umweltgesetzbuch-Entwurf der Sachverständigenkommission (UGB-KomE). Zum Entwurf der Unabhängigen Sachverständigenkommission beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
- M. Kloepfer, Reaktorsicherheit (mit W. Durner), DVBl. 1997, S. 1081 - 110
- M. Kloepfer, Rechtliche Rahmenbedingungen, in: Warnsignale aus der Klimaentwicklung (Hrsg. Lozán, Graßl, Hupfer, Jacob & Sterr), Hamburg 1997
- M. Kloepfer, Staat und Unternehmung in ihrer Umweltverantwortung aus der Sicht des Rechts, in: Steinmann/Wagner (Hrsg.), Umwelt und Wirtschaftsethik, Schäffer-Poeschel: Stuttgart 1998, S. 214 – 232
- M. Kloepfer, Sinn und Grenzen der Ökologisierung des Rechts, in: Kitagawa u.a. (Hrsg.), Das Recht vor der Herausforderung eines neuen Jahrhunderts: Erwartungen in Japan und Deutschland, Mohr (Siebeck): Tübingen 1998, S. 357 - 374
- M. Kloepfer, Rechtliche Rahmenbedingungen, in: Lozán u.a.(Hrsg.), Warnsignale aus der Klimaentwicklung, Wissenschaftliche Auswertungen: Hamburg 1998, S. 377 - 382
- M. Kloepfer, Tierschutz in das Grundgesetz? JZ 1998, S. 369 - 378 (mit M. Rossi)
- M. Kloepfer, Umweltpolitik und Umweltrecht: Privatrecht und insbesondere Öffentliches Recht, in: Rengeling (Hrsg.), Handbuch zum europäischen und deutschen Umweltrecht, Bd. I, Heymanns: Köln 1998, S. 93 – 113
- M. Kloepfer, Milleniumsgedanken zum Umweltrecht, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 131, Duncker und Humblot 1999, S. 161 – 187, Zeitschrift für angewandte Umweltforschung 1999, S. 458 - 464

M. Kloepfer, Selbstbeherrschung im technischen und ökologischen Bereich, Dieser Tagungsband ist anlässlich des Kongresse vom 29./30. Mai 1997 erschienen in: Schriften zum Umweltrecht, Duncker & Humblot, 1998



M. Kloepfer, Umweltrecht, 3. Auflage, München 2004, 1196 S. (4. Auflage in Vorbereitung)

- M. Kloepfer, Environmental Justice und geographische Umweltgerechtigkeit, DVBl. 2000, S. 750 - 754
- T. Brandner, Bauwerkseinmessung/Anfertigung amtlicher Lagepläne, NJ 2000, 86
- M. Kloepfer, Planung und prospektive Rechtswissenschaft, in: Planung, FS für Werner Hoppe, 2000, 111
- M. Kloepfer, Umweltaudit und Umweltrechtskonformität, UPR 2000, 335 (mit K. Bröcker)
- Abfallrechtliche Produktverantwortung für Fremdgeräte, DVBl. 2000, 1013 (mit M. Kohls)
- M. Rossi, Das Umweltinformationsgesetz in der Rechtsprechung - ein Überblick, UPR 2000, 175
- M. Kloepfer, Aspekte eines Umweltstaates Deutschland, in: Dolde (Hrsg.), Umweltrecht im Wandel, Erich Schmidt Verlag, 2001, S. 245
- private Initiative, in: Kitagawa (Hrsg.), Regulierung - Deregulierung - Liberalisierung, Mohr Siebeck, Tübingen, 2001
- S. Assenmacher, Umweltschutz und Föderalismus, UPR 2001, 432
- C. Franzius, Bundesverfassungsgericht und indirekte Steuerung im Umweltrecht, AöR 126, 403
- M. Kloepfer, Legal Outline, in : Lozán (u.a.), Climate of the 21st Century: Changes and Risks, Wissenschaftliche Auswertungen: Hamburg 2001, S. 37
- A. Fenner, Umweltschutz und Föderalismus, NuR 2001, 577
- M. Kloepfer, Leben und Würde des Menschen, in: Klärung und Fortbildung des Verfassungsrechts, FS 50 Jahre Bundesverfassungsgericht, Mohr Siebeck, 2001, S. 77
- M. Kloepfer, Das Gebot widerspruchfreier Normgebung als Schranke der Ausübung der Steuergesetzkompetenz, DÖV 2001 (mit K. Bröcker)
- T. Brandner, Planfeststellung und Plangenehmigungsverfahren, NJ 2001, 386
- M. Kloepfer, Der Umweltstaat - Ziele und Instrumente. Beitrag zu den Umweltrechtstagen Nordrhein-Westfalen, 2002
- M. Kloepfer (Hrsg.), Umweltföderalismus. Föderalismus in Deutschland, Schriften zum Umweltrecht, Bd. 120, Duncker und Humblot: Berlin 2002
- M. Kloepfer, Umweltrecht in Bund und Ländern (unter Mitwirkung von S. Assenmacher, A. Fenner, G. Wustlich). Duncker und Humblot: Berlin 2003, 1196 S.
- M. Kloepfer, Abfallwirtschaft in Bund und Ländern. Perspektiven des Föderalen Umweltschutzes am Beispiel der Abfallwirtschaft, Schriften zum Umweltrecht, Bd. 132, Duncker und Humblot: Berlin 2003, 137 S.
- M. Kloepfer, Die europäische Herausforderung - Spannungslagen zwischen europäischem und deutschem Umweltrecht, NVwZ 2002, S. 645 – 657
- M. Kloepfer, Verfassungsrechtliche Überlegungen zur Tierschutz-Hundeverordnung, in: Natur und Recht 2002, S. 133-140 (mit M. Rossi)

- M. Kloepfer, Haben nur Menschen Rechte? in: Di Blasi (u.a.), Nachhaltigkeit in der Ökologie. C.H.Beck: München 2001, S. 233 - 242. Zugleich abgedruckt in: Humboldt-Spektrum 3/2001, S. 28
- M. Kohls, Vertrauensschutz für die Erben von Altlastgrundstücken, ZUR 2001, 183
- M. Kloepfer, Die europäische Herausforderung - Spannungslage zwischen europäischem und deutschem Umweltrecht, NVwZ 2002, S. 645 - 657
- M. Kloepfer, Umweltrecht und Kartellrecht - Entsorgungswirtschaft zwischen Umwelt- und Wettbewerbsrecht -, JZ 2003, S. 1117 - 1127
- M. Kloepfer, Rechte für die Umwelt, für Tiere und für Denkmäler? Festschrift für Gerhard Winter, 2003, S. 51 - 64
- M. Kloepfer, Abfallwirtschaft in Bund und Ländern. Perspektiven des Föderalen Umweltschutzes am Beispiel der Abfallwirtschaft, Schriften zum Umweltrecht (SUR), Bd. 132, Duncker & Humblot: Berlin 2003, 137 Seiten
- T. Brandner, Besitz von an Bundeswasserstraßen abgelegten Abfällen - BVerwG, Urteil vom 8. 5. 2003 - 7 C 15.02, AbfallR 2004, 34-35
- M. Kloepfer, Der Umweltstaat - Ziele und Instrumente, Umweltrechtstage Nordrhein-Westfalen, 2004
- M. Kloepfer, Der Handel mit Emissionsrechten im System des Umweltrechts, UTR Bd. 74 2004, S. 71 - 122
- M. Kloepfer, Föderalismusreform und Umweltrecht, in: NuR 2005, S. 759 - 764
- M. Kloepfer, Umweltrecht als Informationsrecht, in: UPR 2005, S. 41 - 49
- M. Kloepfer, Umwelt-, Naturschutz- und Jagdrecht - eine kompetenzrechtliche Betrachtung im Lichte der Föderalismusdebatte, in: NuR 2006, 1 - 7
- M. Kloepfer, Abfallverbringungsabgabe und Bundesverfassungsgericht, in: ZUR 2005, S. 479 - 482
- M. Kloepfer, Verkehrlärmschutz als Verfassungsabwägung, in: Wallerath (Hrsg.), Festschrift für Peter Krause, Duncker & Humblot, 2006, S. 443 - 454
- M. Kloepfer, Föderalismusreform und Umweltgesetzgebungskompetenzen, in: ZUR 2006, S. 338 - 340
- M. Kloepfer, Föderalismusreform und Umweltgesetzgebungskompetenzen, in: ZG 2006/4, S. 250 - 271
- M. Kloepfer, Die Feinstaubproblematik im System des neuen Luftreinhalterechts, Festschrift für E. Rehbinder, 2007, S. 379 - 396
- M. Kloepfer, Die neue Abweichungsgesetzgebung der Länder und ihre Auswirkungen auf den Umweltbereich. in: Festschrift für R. Scholz 2007, S. 651 - 657
- M. Kloepfer, Zum Projekt eines Umweltgesetzbuchs, GAIA 2007, S. 102 - 109
- M. Kloepfer, Sinn und Gestalt des kommenden Umweltgesetzbuchs, UPR 2007, S. 161 - 170

M. Kloepfer, Umweltschutzrecht, 2. Auflage, München 2011, 494 S.

- M. Kloepfer, Umweltschutz in und durch Unternehmen - Zu den betriebsorganisatorischen Instrumenten des Umweltschutzes in Deutschland -, Festschrift für Klaus Henke, 2007, S. 161 – 177
- M. Kloepfer, Über die Flexibilisierung staatlichen Handelns, in: Appel/Hermes, Mensch - Staat - Umwelt, 2008, S. 79 – 103
- M. Kloepfer, Flugroutenfestlegung und Seveso II-Richtlinie, Schriftenreihe der Hochschule Speyer, in: Ziekow (Hrsg.), Aktuelle Fragen des Fachplanungs-, Raumordnungs- und Naturschutzrechts 2007, S. 99 - 125
- M. Kloepfer, Umweltschutz als transnationale Aufgabe, Festschrift für Bothe, 2008, S. 637 - 645
- M. Kloepfer, Rechtsfragen zur geordneten Beendigung gewerblicher Kernenergienutzung in Deutschland, DVBl. 2007, S. 1189 - 1201
- M. Kloepfer, Oberflächenwasserabgabe und europäisches Beihilferegime, Festschrift für Rengeling, Festschrift für Rengeling, 2008, S. 289 - 306
- M. Kloepfer, Aspekte der Umweltgerechtigkeit, Jahrbuch für öffentliches Recht der Gegenwart, N.F./Band 56, S. 1-22
- M. Kloepfer, Verfassungsverstöße und öffentliche Meinung, in: Lerche-Festgabe zum 80. Geburtstag, 2008, S. 55 - 73
- M. Kloepfer, Das Umweltgesetzbuch auf dem Weg (UGB-RefE), Die Verwaltung 2008, S. 195 - 226
- M. Kloepfer, Zum künftigen Umweltgesetzbuch in Deutschland, Juratio 2008, S. 3 - 7
- E. Bohne/M. Kloepfer, Das Projekt eines Umweltgesetzbuchs 2009, Duncker und Humblot: Berlin 2009
- M. Kloepfer, Möglichkeiten und Grenzen paktierter Gesetzgebung am Beispiel des Atomrechts, in: Kolloquium Marburger, 2010, S. 79 - 94
- M. Kloepfer, Die Laufzeitverlängerung im Atomrecht zwischen Gesetz und Vertrag, JZ 2011, S. 377 - 387 (mit D. Bruch)
- M. Kloepfer, 13. Atomgesetznovelle und Grundrechte, DVBl. 2011, 1437
- M. Kloepfer, Verfahrene Atomausstiegsverfahren?,UPR 2012, S. 41 - 49
- M. Kloepfer, Zur Entwicklung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts in der Bundesrepublik Deutschland, AbfallR 2012, S. 261-268.
- M. Kloepfer, Denkmalschutz und Umweltschutz. Rechtliche Verschränkungen und Konflikte zwischen dem raumgebundenen Kulturgüterschutz und dem Umwelt- und Planungsrecht, Duncker & Humblot: Berlin 2012, 277 S. (unter Mitarbeit von Elke Ditscherlein und Frederic Kahrl)
- M. Kloepfer, Laufzeitverlängerung bei Kernkraftwerken und Bundesratszustimmung. Zur Frage der Zustimmungsbedürftigkeit des 11. Änderungsgesetzes zum AtG, in: Festschrift für Thomas Würtenberger, 2013, S. 689-706.

FORSCHUNGSZENTRUM TECHNIKRECHT (FZT)

AUFGABEN UND ZIELE

Im beginnenden 21. Jahrhundert haben sich völlig neue technische Möglichkeiten etabliert, die uns noch vor zwanzig Jahren als faszinierende Entwicklungen für eine ferne Zukunft erschienen: **Datenautobahnen,** virtuelle Realitäten und **globale Vernetzungen** sind Wirklichkeit geworden. Die technischen Möglichkeiten haben sich potenziert, die Geschwindigkeit der technischen Innovation ist kaum zu kontrollieren. Typischerweise können gerade **neue Techniken** zu **neuen Rechtsproblemen** führen.

Recht ermöglicht Technik, kanalisiert und kontrolliert sie aber auch. Seit mehreren Jahren ringen Staat und Gesellschaft nun um rechtliche Strukturen für die Technik. Es geht um die rechtlichen und politischen Grenzen für das technisch Machbare: **Atomkraftwerke** sollen **mittelfristig abgeschaltet**, Verkehrsströme – Ausdruck unbegrenzter Mobilität – sollen kanalisiert und eingeschränkt werden. Es ließen sich noch zahlreiche andere

Tagung am 05. Mai 2011 „Hochrisikoanlagen – Notfallschutz bei Kernkraft-, Sondermüll- und Chemieanlagen“ im Senatssaal der HU Berlin

Beispiele finden. Dabei darf allerdings nicht die Funktion der **Technikermöglichung durch Technikrecht** übersehen werden. Technikrechtliche Aspekte weisen nicht nur die vorwiegend einschlägigen Bereiche des Geräte- und Anlagensicherheitsrechts auf. Auch das Umweltrecht, das Stoffrecht (Chemikalienrecht, Arzneimittelrecht etc.), das Arbeitsschutzrecht, das Verkehrsrecht, das Telekommunikationsrecht und nicht zuletzt das Datenschutzrecht sind weitgehend vom Technikrecht beeinflusst. Nicht zuletzt die besondere Bedeutung des Normungsrechts ist als verbindendes Element allen Technikrechts zu nennen. Als ein **Schwerpunkt der Arbeit des FZT** haben sich **die Rechtsfragen moderner Informationstechnik** herausgebildet.

Das gemeinnützige Forschungszentrum Technikrecht ist ein von Juristen aus der Wissenschaft sowie der richterlichen und der anwaltlichen Praxis 1996 gegründeter **Verein** mit Sitz in Berlin. Es soll ein Netzwerk schaffen, um das Technikrecht auch in der Zukunft zu begleiten und zu gestalten.

Dem FZT ist bisher die **Schriftenreihe** „Schriften zum Technikrecht (SZT)", Verlag Duncker & Humblot, zugeordnet, in der u.a. Tagungsbände des FZT veröffentlicht werden.

Das **Präsidium** des Forschungszentrums Technikrecht e.V. besteht aus Prof. Dr. Michael Kloepfer (Präsident), Rechtsanwalt Dr. Gerhard Michael (Schatzmeister) und Rechtsanwalt Dr. Fabian Quast (Schriftführer).

AKTUELLE PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN

- **Projekt** „Technische Normen als Steuerungsmittel"
- **Projekt** „Technische Normen und Beweislast"

BISHERIGE PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN

Die nachfolgend vorgestellten Projekte bilden nur eine **kleine Auswahl** der Projekte, die das FZT in den vergangenen Jahren bearbeitet hat. Sie soll einen kurzen Einblick in die vielseitigen Tätigkeiten des FZT und seines Präsidenten, Prof. Dr. Michael Kloepfer, geben:

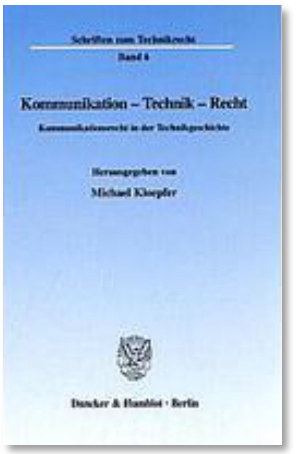
- **Forschungsprojekt „Technikentwicklung und Technikrechtsentwicklung":**
  Das Forschungszentrum Technikrecht führte in den Jahren 1998 bis 2002 in Kooperation mit der Volkswagenstiftung ein längerfristig angelegtes Forschungsprojekt „Technikentwicklung und Technikrechtsentwicklung" durch, das der Untersuchung der historischen Entstehungsvoraussetzungen von Technik und Technikrecht diente. Das Projekt untersuchte das Technikrecht unter historischen Gesichtspunkten in seiner verhaltenssteuernden Funktion für die Technikbegrenzung und die Technikermöglichung bzw. -förderung. Schwerpunkt der Untersuchung bildete **die Kommunikationstechnik,** wie sie sich vor allem **im Großraum Berlin** entwickelt hat. Im Einzelnen widmete sich das Projekt einer Reihe von Fragen, die in der aktuellen Diskussion über die rechtliche Bewältigung technischer Risiken eine zentrale Rolle spielten und spielen, wie z. B. der Kooperation zwischen Staat und Privaten oder dem Abbau von (bzw. Sorge vor) Überreglementierungen zugunsten freiwilliger Selbststeuerung. So könnte die historische Betrachtung, Darstellung und Analyse der Wechselbeziehungen zwischen Technikrecht und Technikentwicklung, das Verständnis für die Probleme und Chancen technikrechtlicher Risikobeherrschung erleichtern helfen. Der **Abschlussbericht des Projekts** erschien unter dem Titel „Technik und Recht im wechselseitigen Werden".

M. Kloepfer, Technik und Recht im wechselseitigen Werden, erschienen in: Schriften zum Technikrecht, Duncker & Humblot, 2002

- **Gutachten zur „Notwendigkeit von einer neuen Bestimmung des Schutzes personenbezogener Daten":**
  Im Jahr 1998 hatte der Präsident des Forschungszentrums Technikrecht e.V., Prof. Dr. Kloepfer, von der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages e.V. (DJT) den Auftrag erhalten, für die öffentlich-rechtliche Abteilung des 62. DJT 1998 in Bremen das Gutachten zu der Frage **„Geben moderne Technologien und Europäische Integration Anlass, Notwendigkeit und Grenzen des Schutzes personenbezogener Daten neu zu bestimmen?"** zu erstellen. Das Thema war von hoher Aktualität und Brisanz, nicht zuletzt deshalb, weil sich hier enge Berührungspunkte zu dem durch die rasante technische Entwicklung bedingt teils noch im Aufbau, teils schon wieder im Umbruch befindliche Recht der Informationstechnologie insgesamt ergeben. Für die Erstellung des Gutachtens hat das FZT eine Spende der Siemens-Stiftung einwerben können.
- **Mitwirkung beim Informationsgesetzbuch (IGB):**
  Das FZT unterstützte die Arbeiten zur Schaffung eines „Informationsgesetzbuches (IGB)" durch eine Arbeitsgruppe, in der der Präsident des FZT, Prof. Dr. Michael Kloepfer zusammen mit Prof. Garstka und Prof. Schoch mitwirkte. Nachdem sich der 62. Deutsche Juristentag der Auffassung des Gutachters, Prof. Dr. Kloepfer, angeschlossen hatte, dass die rasante Technologieentwicklung auf dem Informationssektor ein bereichsübergreifendes, zukunftsorientiertes und über das bisherige Datenschutzrecht hinausgreifendes Regelungswerk erfordere, wurde eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines solchen kodifizierten Rechts gegründet. Gefördert wurde das Projekt von der Thyssen-Stiftung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
- **Voraussetzungen der Entwicklung von Technik - 10 Jahre Wissenschaftsförderung durch die Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung,** Tagung, 7. November 1996 in Berlin (Referenten: *Prof. Dr. Michael Kloepfer, Prof. Dr. Guy Kirsch, Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß*)
- **Selbstbeherrschung im technischen und ökologischen Bereich** - Selbststeuerung und Selbstregulierung in der Technikentwicklung und im Umweltschutz, Kongress, 29. und 30. Mai 1997 in Berlin (zusammen mit FZU) (Referenten: *Bischof-Prof. Dr. Wolfgang Huber, Prof. Dr. Wolfgang van den Daele, Prof. Dr. Joachim Jens Hesse, Prof. Dr. Hubert P. Johann, Prof. Dr. Helmut Reihlen, Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß, Prof. Dr. Dieter Cansier, Prof. Dr. Udo Di Fabio, Prof. Dr. Horst Sendler, Prof. Dr. Walter Leisner*)
- **Fortbildung des Datenschutzrechts und neue Techniken,**
  Universitätsseminar, Wintersemester 1997/1998 in Berlin
- **Die Zulassung des vorzeitigen Beginns im Umweltrecht und Technikrecht**
  Tagung, 20. November 1998 in Berlin (zusammen mit FZU)
- **Technikentwicklung und Technikrechtsentwicklung** - unter besonderer Berücksichtigung des Kommunikationsrechts

Kolloqium, 23. und 24. Juni 1999 in Berlin; (Referenten: *Prof. Dr. mult. Dr. h.c. Wolfram Fischer, Prof. Dr. Rainer Schröder, Dr. Milos Vec, Prof. Dr, Martin Schulte, Prof. Dr. Rainer Pitschas, Prof Dr. Karl Otto Scherner, Prof. Dr. Bernd Holznagel, Prof. Dr. Dr. h.c. Martin Bullinger*)

- **Techniksteuerung als Rechtsproblem – Rechtsfragen der Einführung der Gentechnik und des Ausstiegs aus der Atomenergie**
  Tagung, 6. November 2000 in Berlin (Referenten: *Prof. em. Dr. h.c. mult. Dr. Ing. Günter Spur, Ulrike Riedel, Prof. Dr. Karl Heinrich Friauf, Prof Dr. Armin Grunwald, Prof. Dr. Joachim Lege, MinDir a. D. Prof Dr. Joachim Grawe, Prof Dr. Rudolf Steinberg, Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß*)
- **Kommunikation - Technik - Recht – Strukturen und wechselseitige Beeinflussungen.**
  Tagung am 14. und 15. Dezember 2000 in Berlin, (Referenten: *Prof. Dr. Helmut Spinner, Prof. Dr. Günter Müller, Prof. Dr. Jean Nicolas Druey, Prof. Dr. Wolfgang König, Prof. Dr. Milos Vec, Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß, Dr. Hagen Hof, Prof Dr. Claus Leggewie, Prof. Dr. Gerrit Manssen, Prof. Dr. Siegfried Klaue, Prof Dr. Bernd Holznagel*)
- **Die transparente Verwaltung - Zugangsfreiheit zu öffentlichen Informationen**
  Tagung, 5. Juli 2002 in Berlin (Referenten: *Prof. Dr. Michael Kloepfer, Renate Künast, Claus Henning Schapper, Prof. Dr. Friedrich Schoch, Prof Dr. Hans Jürgen Garstka, Prof. Dr. Alfred Duschanek, Dr. Manfred Redelfs, Dr. Peter Eigen, Marianne Birthler*)
- **Gebrauchs- und Betriebsanleitungen in Recht und Praxis** – Erwartungen und rechtliche Anforderungen an Gebrauchs- und Betriebsanleitungen für Produkte und Anlagen
  Tagung, 22. Mai 2006 in Berlin (Referenten: *Renate Künast, Dipl.-Ing. Wolfram Pichler, Prof. Dr. Klaus Vieweg, Prof. Dr. Peter Marburger, Prof. Dr. Anne Röthel, Dr. Thomas Klindt, Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner LL.M., Dr. Peter Kiehl*)
- **Netzneutralität in der Informationsgesellschaft**
  Tagung am 15. Dezember 2010 in Berlin (Referenten: *Dipl.-Inf. Constanze Kurz, Markus Beckedahl, Markus Haas, Dipl. Ing. Axel E. Fischer, Prof. Dr. Jens-Peter Schneider, Prof. Dr. Bernd Holznagel LL.M., Prof. Dr. Franz C. Mayer LL.M., Prof. Dr. Matthias Bäcker LL.M., Dr. Cara Schwarz-Schilling, Dr. Thilo Weichert, Prof. Dr. Christoph Degenhart, PD Dr. Simon Schlauri*)
- **Hochrisikoanlagen (Notfallschutz bei Kernkraft-, Sondermüll- und Chemieanlagen),**
  Tagung am 05. Mai 2011 in Berlin (in Zusammenarbeit mit FZT und FZK) (Referenten: *Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Gerd Jäger, Wolfram König, Dr. Wolfgang Gerhardt, MinDir Hubert Steinkemper, Jörg Schmidt, Astrid Krüger, Dr. Mathias Hellriegel LL.M., MinDir Dr. Manfred Schmidt, Chris-*



Kommunikation - Technik - Recht – Strukturen und wechselseitige Beeinflussungen. Anlässlich der **Tagung am 14. und 15. Dezember 2000** in Berlin ist dieser Tagungsband in: Schriften zum Technikrecht (2002, Dunker & Humblot) erschienen. Hg: M. Kloepfer

toph Unger, Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß, Prof. Dr. Michael Kloepfer)

VERÖFFENTLICHUNGEN

- M. Kloepfer, Technikverbot durch gesetzgeberisches Unterlassen? Zur Entscheidung des VGH Kassel vom 6.11.1989, in: Wege und Verfahren des Verfassungslebens, Festschrift für Peter Lerche, München 1993, S. 755-769
- M. Kloepfer, Selbstregulierung im Umwelt- und Technikrecht, in: DVBl. 1996, S. 964ff. (mit Th. Elsner)
- M. Kloepfer, Recht ermöglicht Technik - Zu einer wenig beachteten Funktion des Umwelt- und Technikrechts, in: NuR 1997, S. 417 - 418; DIN-Mitteilungen 1998, S. 422 - 427; GAIA 1998, S. 127-133
- M. Kloepfer, Recht als Technikkontrolle und Technikermöglichung,in: zu Putlitz/Schade, Grenzüberschreitungen, Gottlieb Daimler - und Karl Benz - Stiftung, 1997, S. 53-73
- M. Kloepfer, Risiko/Risikoanalyse/Risikoforschung; Technikrecht; Verursacherprinzip, in: Lexikon der Bioethik, nach Görres Gesellschaft, Gütersloher Verlagshaus 1998, Bd. 3, S. 210-213, S. 731-733, S. 521-526
- M. Kloepfer, Videoaufnahmen und Videoaufzeichnungen als Rechtsproblem, in: DVBl. 1998, S. 1149-115
- M. Kloepfer, Schufa und Datenschutzrecht, in: MMR 1998, S. 650-659 (mit G. Kutzschbach)
- M. Kloepfer, Informationsgesetzbuch - Zukunftsvision? in: Kommunikation & Recht 1999, S. 241-251
- K. v. Lewinski, Kaufleute im Schutzbereich des BDSG, in: DuD 2000, S. 39-43
- M. Kloepfer, Rechtliche Gestalt und Grundfragen des Gentechnikrechts, in: Lege, Gentechnik im nicht-menschlichen Bereich - was kann und was sollte das Recht regeln. Berlin-Verlag: Berlin 2001, S. 11 – 27
- K. v. Lewinski, Formelles und informelles Handeln der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörden, in: RDV 2001, S. 275-281
- M. Kloepfer, Technik und Recht im wechselseitigen Werden. Kommunikationsrecht in der Technikgeschichte, in: Schriften zum Technikrecht, Band 4, Duncker und Humblot: Berlin 2002, S. 299 (mit C. Franzius und T. Weber)
- K. v. Lewinski, Betriebsprüfung, Bankgeheimnis und Datenschutz, in: DSWR 2002, S. 66-68
- M. Kloepfer, Informationszugangsfreiheit und Datenschutz: Zwei Säulen der Informationsgesellschaft, in: DÖV 2003, S. 221 – 231
- K. v. Lewinski, Persönlichkeitsprofile und Datenschutz bei CRM, in: RDV 2003, S. 122-132

M. Kloepfer, Informationsrecht, C.H. , C.H. Beck: München 2002, S. 723 (unter Mitwirkung von A. Neun)

- M. Kloepfer, Normung und Recht, in: DIN-Mitteilungen 2003, S. 875 – 878
- K. v. Lewinski, Vertraulichkeit und Datenschutz bei B2B-Marktplätzen, in: Gramlich/Kröger/Schreibauer (Hg.), Rechtshandbuch B2B Plattformen, München 2003, S. 381-408
- K. v. Lewinski, Grenzüberschreitende Datenverarbeitung – europa- und weltweit, in: Abel (Hg.), Datenschutz in Anwaltschaft, Notariat und Justiz, 2. Aufl. München 2003, S. 79-104
- K. v. Lewinski, Alternative Dispute Resolution and Internet, in: CRint 2003, S. 167-173 (deutsche Fassung erschienen als "Alternative Dispute Resolution und Internet", in: ZKM 2004, S. 108-112)
- K. v. Lewinski, Wildwuchs der Kameras, in: Müller-Heidelberg/Finckh/Steven/Rofalla/Miksch/Kaleck/Kutscha (Hg.), Grundrechte-Report 2004, Frankfurt 2004, S. 43-46 (zusammen mit N. Leopold)
- K. v. Lewinski, Tätigkeitsberichte im Datenschutz, in: RDV 2004, S. 163-168
- M. Kloepfer, Informationsfreiheitsgesetz des Bundes (IFG), in: DVBl. 2005, S. 1277 - 1288 (mit K. v. Lewinski)
- M. Kloepfer, Die "Herrschaft über den eigenen E-Mail-Account" als "sonstiges Recht" i.S.d. § 823 Abs. 1 BGB, in: K & R 2005, S. 407 - 411 (mit C. Katins)
- K. v. Lewinski, Downstream of Information and Upstream of Signals: E-Democracy in Germany beyond E-Voting, in: Flogaitis/Karpen/Mascucci, E-Government and E-Democracy, London 2006, S. 205-219
- K. v. Lewinski, Der Gläserne Arbeitnehmer – Datenschutz im Arbeitsverhältnis, in: StudZR 2006, S. 425-445
- K. v. Lewinski, Regionale Top Level Domain, in: VerwArch 2007, S. 473-499
- H. Greve/ F. Schärdel, Der digitale Pranger - Bewertungsportale im Internet, in: MMR 2008, S. 644 ff.
- M. Kloepfer, Grundrechte für die Informationsgesellschaft - Datenschutz und Informationszugangsfreiheit ins Grundgesetz? in: JZ 2009, S. 453 - 462 (mit F. Schärdel)
- F. Schärdel/H.Greve, Three strikes and you're out! Internetsperren wegen Urheberrechtsverstößen, in: ZRP 2009, S. 54 f.
- M. Kloepfer, Das Gesetz zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung, in: UPR 2009, S. 418 - 425 (mit S. Jablonski)
- H. Greve, Kritische Infrastrukturen, in: DuD 2009, S. 756 ff.
- Michael Kloepfer, Instrumente des Technikrechts, in: Schulte (Hrsg.), Handbuch des Technikrechts, Berlin 2010
- F. Schärdel/ H. Greve Berufsbewertungsportale im Internet, in: MPI Studies on Intellectual Property and Tax Law, Nutzergenerierte Inhalte als Gegenstand des Privatrechts, 2010
- H. Greve, Access-Blocking - Grenzen staatlicher Gefahrenabwehr im Internet, 2012

FORSCHUNGSZENTRUM KATASTROPHENRECHT (FZK)

AUFGABEN UND ZIELE

Das Forschungszentrum Katastrophenrecht wurde 2007 von Juristen aus Wissenschaft und Praxis gegründet und ist das erste – und bislang auch einzige – **Forschungsinstitut in Deutschland für Katastrophenrecht**.

Zu den zentralen Aufgaben des Vereins gehört es, das deutsche, europäische, ausländische und internationale Katastrophenrecht zu **erforschen** und seine praktische Anwendung zu fördern. Der **Kontakt zur Praxis** des Katastrophenschutzes ist für das FZK unentbehrlich. Eine Kooperation mit juristischen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen mit ähnlicher Zielsetzung wird deshalb angestrebt.

Podiumsdiskussion auf der Tagung am 18. Februar 2010 in Berlin zur Frage „Ist Deutschland hinreichend auf den Pandemiefall vorbereitet?"

Das **Katastrophenrecht** ist ein wichtiger Bestandteil der Rechtsordnung. Gleichwohl ist die gezielte wissenschaftliche Bearbeitung des Themas in Deutschland und in anderen Staaten bislang nur vereinzelt erkennbar. Gerade in unübersichtlichen Notsituationen ist es besonders wichtig, dass Klarheit über die Zuständigkeiten

und die Befugnisse der handelnden Behörden besteht. Der **katastrophenrechtliche Leitsatz im Rechtsstaat** muss daher lauten: **Not kennt Gebot!** Einen Beitrag zur Schließung der Lücke in der rechtswissenschaftlichen Bearbeitung zu leisten, hat sich das Forschungszentrum Katastrophenrecht zur Aufgabe gemacht.

Tagung am 05. Mai 2008 im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin, Hochwasserschutz - Herausforderung an Recht und Gesetz

Das Forschungszentrum Katastrophenrecht befasst sich sowohl mit grundsätzlichen Fragen, als auch mit **aktuellen Problemen**. Es macht auch **Vorschläge zur Gestaltung** des Katastrophenrechts. Dies geschieht in Form von Studien, Dokumentationen, Aufsätzen, Monographien und Gutachten, aber auch durch wissenschaftliche Tagungen und Symposien.

Dem FZK ist die **Schriftenreihe** „Schriften zum Katastrophenrecht", Nomos Verlag, zugeordnet, in der u.a. Tagungsbände des FZK veröffentlicht werden.

Das **Präsidium** des Forschungszentrums Katastrophenrecht e.V. besteht aus Prof. em. Dr. Michael Kloepfer (Präsident), Rechtsanwalt Dr. Gerhard Michael (Schatzmeister) und Rechtsanwalt Dr. Mathias Hellriegel, LL.M. (Schriftführer).

AKTUELLE PROJEKTE

- **Projekt SEAK** – **S**imulationsbasierte **E**ntscheidungsunterstützung für das **a**kteursübergreifende **K**risenmanagement bei Störungen der Lebensmittelversorgung
- **Projekt „Katastrophenschutz – Leuchtürme"** Sicherheitsarchitektur zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung sowie zur Gewährleistung einer funktionierenden Krisenkommunikation bei länger andauernden Stromausfällen unter Berücksichtigung rechtlicher, ökonomischer und technischer Rahmenbedingungen
- **Forschungsprojekt „Prüfung des legislativen Reformbedarfs in der Ernährungsvorsorge":** Das von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) bewilligte Projekt widmet sich der **Ernährungsvorsorge im Notfall**. Das Forschungszentrum Katastrophenrecht hat die Aufgabe übernommen, die gesetzlich geregelten oder geplanten Maßnahmen des staatlichen Krisenmanagements bei einer Versorgungskrise auf ihre Praktikabilität hin zu untersuchen. Im Vordergrund der Untersuchung stehen dabei bisher vor allem das Ernährungsvorsorgegesetz und das dazugehörige untergesetzliche Regelwerk. Das Projekt soll eine **Reform des Ernährungsvorsorgegesetzes** und der darauf gestützten Rechtsverordnungen vorbereiten und

somit zur **Effektivierung des Krisenmanagements** beitragen.

- **Tagung zu „Katastrophenzuständigkeiten: Bund – Länder – Gemeinden – Europa"**
- **Projekt „Katastrophenschutz – Grundstrukturen und Vereinheitlichung":**

  Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Katastrophenschutz – Grundstrukturen und Vereinheitlichung" ermöglicht dem Forschungszentrum Katastrophenrecht eine ausführliche Erforschung der bestehenden Strukturen des Katastrophenrechts und die Erarbeitung von Vorschlägen zur dessen Vereinheitlichung.

  Ziel des Forschungsprojekts ist es, der derzeitigen Uneinheitlichkeit und **Unübersichtlichkeit des Katastrophenrechts** durch eine übergreifende wissenschaftliche Strukturierung und Systematisierung des Katastrophenschutzrechts, vor allem aber durch einen **Musterentwurf eines Katastrophenschutzgesetzs** entgegenzuwirken. Die Unübersichtlichkeit ist u. a. bedingt durch Kompetenzkonflikte zwischen Bund und Ländern. Sie kann zu einer Verzögerung und Erschwerung der Katastrophenvermeidung, -vorsorge und -bekämpfung führen. Durch das Forschungsprojekt sollen die gemeinsamen Strukturen des Katastrophenrechts aufgezeigt werden. Obwohl es aus ganz unterschiedlichen Bereichen (**z. B. Brandschutz, Hochwasserschutz, Rettungsdienste**) und auf unterschiedlichen staatlichen

Ebenen (gemeindlicher Brandschutz, allgemeine Gefahrenabwehr durch die Länder, **Zivilschutz** als Bundesaufgabe) praktiziert wird, sind übergreifende Gemeinsamkeiten unverkennbar. Das Erkennen dieser gemeinsamen Strukturen dient letztlich der **besseren Katastrophenbewältigung**. Das Projekt verfolgt somit nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisinteressen, sondern ist auch von der Vorstellung getragen, dass ein harmonisiertes Katastrophenrecht dazu beitragen kann, Menschen in und vor Katastrophen besser zu schützen.

- **Handbuch des Katastrophenrechts:** Das FZK erarbeitet derzeit eine umfassende Darstellung des deutschen, europäischen und internationalen Katastrophenrechts in einem „Handbuch des Katastrophenrechts". Das Handbuch, dessen Bearbeitung im Herbst 2007 begann und das 2013 erscheinen wird, soll neben den **Grundlagen des Katastrophenrechts** einzelne Bereiche, wie den Brandschutz und Rettungsdienst, behandeln. Darüber hinaus sollen ausgewählte Bereiche des besonderen Katastrophenschutzes sowie der Zivilschutz berücksichtigt werden.

- **Projekt „Recht der Katastrophenvermeidung":** Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt widmet sich der Katastrophenprävention. Ziel des Projekts ist die umfassende Untersuchung des vorbeugenden Katastrophenschutzes. Hierbei nimmt die **Katastrophengefahrenerforschung (Risikoanalyse)** eine bedeutende Rolle ein. Denn

ohne das Erkennen von Gefahren ist die Vermeidung ihres Eintritts bzw. die Minderung des Schadensausmaßes kaum möglich. Ob bzw. inwieweit die Gefahrenerforschung normativ verankert und zwischen den Verwaltungsebenen hinreichend vernetzt ist, soll daher kritisch betrachtet werden. Die Katastrophenschadensminderung bei eingetretenen Ereignissen bedarf einer adäquaten Vorbereitung des Katastrophenschutzes. Insofern stellt sich die sog. **Katastrophenvorsorge** (d.h. Vorbereitung der Katastrophenbekämpfung) als Element der (passiven) Katastrophenvermeidung dar.

Da das **Katastrophenvermeidungsrecht zumeist Bundesrecht** darstellt, die Katastrophenvorsorge aber ebenso wie die Katastrophenbekämpfung unter die **Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz der Länder** fällt, bedarf es hier einer hinreichenden Verknüpfung. Die Herstellung dieser Verknüpfung soll einen weiteren Gegenstand des Projekts „Recht der Katastrophenvermeidung" bilden.

ABGESCHLOSSENE PROJEKTE UND VERANSTALTUNGEN

- **Seminare zum Katastrophenrecht (2007-2009):** Prof. Dr. Michael Kloepfer veranstaltete gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus Meßerschmidt im Rahmen des **gesellschaftswissenschaftlichen Kollegs der Studienstiftung des Deutschen Volkes** 2007 bis 2009 Seminare zum Katastrophenrecht. Das Programm hat im Wintersemester 2007/08 begon-

Anmerkungen zum Katastophenrecht, Hg. von Prof. Dr. Michael Kloepfer u. Prof. Dr. Klaus Meßerschmidt, Sammelband, Verlag: Lulu Pr (2009) 128 S.

Gesetzessammlung Katastrophenrecht, herausgg. von Prof. Dr. Michael Kloepfer, 2009, Nomos-Verlag, 1255 S.

nen und war auf vier Semester angelegt. Es bot den Stipendiaten die Möglichkeit, sich mit Grundfragen des Katastrophenrechts zu befassen. Die Studierenden stellten hierbei in Referaten Einzelfragen des Katastrophenrechts dar. Im Mittelpunkt der Seminare stand neben der Vorstellung der Arbeiten der Stipendiaten zu Fachfragen des Katastrophenrechts die Diskussion eines von den Stipendiaten erarbeiteten Musterentwurfs für ein Katastrophenschutzgesetz der Länder. Aus der wissenschaftlichen Zusammenarbeit des gesellschaftlichen Kollegs ist ein **Sammelband hervorgegangen**, die „Anmerkungen zum Katastrophenrecht".

- **Gesetzessammlung Katastrophenrecht (2009):** Erschienen ist zudem die Gesetzessammlung Katastrophenrecht beim Nomos-Verlag. Die Gesetzessammlung umfasst nicht nur das Katastrophenrecht i.e.S. der Länder, sondern auch das in vielen Bundesländern davon getrennt geregelte Brandschutzrecht und das Rettungsdienstrecht sowie vor allem das Bevölkerungsschutzrecht des Bundes. Die Sammlung enthält alle bis zum 1. August 2008 ergangenen Vorschriften. Dort wo es möglich und erforderlich erschien, wurden aber auch spätere Änderungen miteinbezogen. Die Sammlung soll Praktikern und Wissenschaftlern den schnellen und einfachen Zugriff auf die katastrophenrechtlichen Normen ermöglichen. Gleichzeitig stellt diese systematisierende Sammlung der wichtigsten katastrophenrechtlichen Rechtsvorschriften einen **ersten Schritt hin zu einer Harmonisierung der Katastrophenschutzgesetze** der Länder untereinander und im Verhältnis zu den Regelungen des Bundes dar.
- **Katastrophenschutzrecht -** Grundlagen und Perspektiven Tagung, 24. Mai 2007 in Berlin (zusammen mit FZU und FZT) (Referenten: *Prof. Dr. Lars Clausen, Ulrich Cronenberg, Dr. Claus–Georg Meyer-Teschendorf, Prof. Dr. Dr. h.c. mult Rolf Stober, Prof. Dr. Felix Ekardt, Prof. Dr. Christian Armbrüster, Christoph Unger*)
- **Hochwasserschutz -** Herausforderung an Recht und Politik Tagung, 5. Mai 2008 in Berlin (Referenten: *Tanja Gönner, Dr. Fred Hattermann, Prof. Dr. Hans-Heinrich Trute, Christoph Unger, Dr. Jürgen Staupe, Volker Strotmann, Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Prof. Dr. Rüdiger Breuer, PD Dr. Kurt Faßbender, MinR Dr. Konrad Berendes, MD Hans-Josef Düwel, Prof. Dr. Michael Kotulla, Prof. Dr. Christian Armbrüster, Prof. Dr. Wolfgang Ewer)*
- **Schutz kritischer Infrastrukturen – IT und Energie** Tagung, 17. Februar 2009 in Berlin, (Referenten: *Dr. Dr. h.c. mult Wolfgang Schäuble, Prof. Dr. Wolf R. Dombowsky, Dipl.-Ing. Wolfgang Neldner, Dr. Udo Helmbrecht, Prof. Dr. Christoph Möllers LL.M., Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß, Prof. Dr. Gerald Spindler, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober*)
- **Pandemien als Herausforderung für die Rechtsordnung** Tagung, 18. Februar 2010 in Berlin (Referenten: *MinDir Karin Knufmann-Happe, Prof. Dr. Reinhard Burger, Prof. Dr. Wolf R. Dombrowsky, PD Dr. Walter Haas, Dr. Helmut Grimm, Prof.*

Referentin **Tanja Gönner** (Umweltministerin Baden-Württemberg) Tagung zum Hochwasserschutz vom 05. Mai 2008

Dr. Stephan Rixen, Prof. Dr. Helge Sodan, Prof. Dr. Christoph Fuchs, Prof. Dr. Jochen Taupitz)

- **Hochrisikoanlagen – Notfallschutz bei Kernkraft-, Sondermüll- und Chemieanlagen**
  Tagung am 5. Mai 2011 in Berlin (zusammen mit FZU und FZT) (Referenten: *Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Gerd Jäger, Wolfram König, Dr. Wolfgang Gerhardt, MinDir Hubert Steinkemper, Jörg Schmidt, Astrid Krüger, Dr. Mathias Hellriegel LL.M., MinDir Dr. Manfred Schmidt, Christoph Unger, Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß, Prof. Dr. Michael Kloepfer*)

Referent **Wolfgang Schäuble** (Bundesminister des Innern) auf der Tagung zum Schutz kritischer Infrastrukturen am 17. Feb. 2009

VERÖFFENTLICHUNGEN (AUSWAHL)

- M. Kloepfer, Katastrophenschutzrecht - Strukturen und Grundfragen -, Verwaltungs-Archiv, 98. Band (2007), S. 163-198.
- M. Kloepfer (Hrsg.), Gesetzessammlung Katastrophenrecht, Baden-Baden 2009,
- S. Deye, Das Forschungszentrum Katastrophenrecht e.V.: Hilfe durch Recht für Menschen in Not, Im Einsatz 2009, 32 ff.
- M. Kloepfer (Hrsg.), Hochwasserschutz, Baden-Baden 2009
- M. Kloepfer (Hrsg.), Katastrophenrecht, Baden-Baden 2009
- M. Kloepfer, Rechtliche Grundprobleme des Katastrophenschutzes, Festschrift für Sellner, 2010, S. 391 - 405
- M. Kloepfer/ S. Deye, Pandemien als Herausforderung für die Rechtsordnung, DVBl. 2009, 1208 ff.
- A. Walus, Pandemie und Katastrophennotstand: Zuständigkeitsverteilung und Kompetenzmängel des Bundes, DÖV 3/2010, 127 ff.
- A. Walus, Katastrophenschutz made by EU - MIC und EU-Katastrophenschutzeinheiten auf dem Prüfstand, Bevölkerungsschutz 1/2010, 22 ff.
- M. Kloepfer (Hrsg.), Schutz kritischer Infrastrukturen, Baden-Baden, Nomos, 2010
- A. Walus, Katastrophennotstand in Berlin: Strukturen und Kompetenzkonflikte, LKV 4/2010, 152 ff.
- A. Walus, Europäischer Katastrophenschutz-Möglichkeiten und Grenzen im Lichte des Vertrags von Lissabon, EuR 2010, 564
- H.Leupold, Die Feststellung des Katastrophenfalls, 2012

M. Kloepfer, Hochrisikoanlagen – Notfallschutz bei Kernkraft-, Chemie- und Sondermüllanlagen, Band 5 Schriftenreihe Katastrophenrecht, Baden-Baden 2012.

INSTITUT FÜR GESETZGEBUNG UND VERFASSUNG (IGV)

AUFGABEN UND ZIELE

Die Gesetzgebungswissenschaft ist prospektive Rechtswissenschaft. Die wissenschaftliche Bearbeitung des Themas in Deutschland, aber auch in anderen Staaten, hat Tradition; sie ist aber noch lange nicht in das allgemeine Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. Die universitäre **rechtswissenschaftliche Ausbildung** schult die jungen Juristen kaum in der Anfertigung und Reflexion von Gesetzesakten.

Die prospektive Seite der **Verfassungsrechtswissenschaft** ist ebenfalls zu wenig entwickelt. Meist stehen sich Verfassungsrechtswissenschaft und Politikwissenschaft recht unverbunden gegenüber. Die Konstitutionalisierung des Rechts führt zu neuen Herausforderungen für das Selbstverständnis und die Wirksamkeit der Verfassung.

Das gemeinnützige „Institut für Gesetzgebung und Verfassung e.V. (IGV)" ist **das jüngste unter den vier Forschungsinstituten** der For-

schungsplattform Recht. Das Institut wurde 2009 von Juristen aus der Wissenschaft sowie der politischen und anwaltlichen Praxis in Berlin gegründet.

Tagung vom 18. Mai 2012 unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Markus Heintzen in Zusammenarbeit mit dem IGV e.V., Thema der Tagung „Auf dem Weg zu nachhaltig ausgeglichenen öffentlichen Haushalten

Das Institut für Gesetzgebung und Verfassung (IGV) befasst sich in politischer Neutralität sowohl mit grundsätzlichen Fragen als auch mit aktuellen Problemen und zwar in rechtswissenschaftlicher, wie rechtspolitischer Hinsicht. Es nimmt dabei Ansätze der Wissenschaft wie der Praxis auf. Wesentlicher Gegenstand wird neben grundlegenden Fragen (wie z.B. moderne Kodifikationsstrategien, Funktionssubstitution von Gesetzgebung, Bindung des Gesetzgebers an das Gesetz) insbesondere die **Formulierung konkreter Gesetzesentwürfe** sein. Bezüglich der Verfassung sollen prinzipielle Fragen (wie z.B. der Verfassungsstil, die Grenzen verfassungsrechtlicher Regelbarkeit und die **Chancen und Risiken von Verfassungsänderungen**) behandelt werden. Ein Querschnittsthema wird die Konstitutionalisierung der Rechtsordnung bilden. Ein besonderer Akzent wird auf der Fortentwicklung des Grundgesetzes liegen.

Dem IGV ist die **Schriftenreihe** „Gesetzgebung und Verfassung", Nomos Verlag, zugeordnet, in der u.a. Tagungsbände des IGV veröffentlicht werden.

Prof. Dr. Dr. Paul Kirchhof, Referent auf der Tagung „Auf den Weg zu nachhaltig ausgeglichenen Haushalten" am 18. Mai 2012

Das **Präsidium** des Instituts für Gesetzgebung und Verfassung e.V. besteht aus Prof. Dr. Michael Kloepfer (Präsident), Staatssekretärin a.D. und Rechtsanwältin Dr. Stefanie Lejeune (Schatzmeisterin) und Privatdozent Dr. Kai von Lewinski (Schriftführer).

AKTUELLE PROJEKTE

- **Lehrbuch zum Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht,** voraussichtliches Erscheinungsjahr 2013
- Forschungsprojekt **„Finanzverfassungsrecht als Gesamtsystem"**
- **Tagung „Arbeitskampf und Verfassung"** am 28.06.2013
- **Tagung „Inneres Gesetzgebungsverfahren"**

BISHERIGE VERANSTALTUNGEN

- **Gesetzgebungsoutsourcing – Gesetzgebung durch Rechtsanwälte?**
  Tagung am 24. September 2010 in Berlin: Die Tagung widmete sich sowohl den grundlegenden politischen und verfassungsrechtlichen Fragen der Beteiligung von Dritten und insbesondere von Anwälten bei der Normsetzung, als auch konkreten praktischen Beispielen aus der Gesetzgebungswirklichkeit. (Referenten: *Dr. Max Stadler, Dr. Karl Heinz Däke, Prof. Dr. Matthias Rossi, Dr. Horst Risse, Axel C. Filgers, PD Dr. Kai v. Lewinski, Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis, Prof. Dr. Norbert*

Wimmer, Dr. Jan Endler, Dr. Wolfram Hertel, Dr. Benedikt Wolfers, Dr. Mathias Hellriegel LL.M.)

- **Staatsbankrott als Rechtsfrage**
  Tagung, 8. April 2011 in Berlin, unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Kai von Lewinski (Referenten: *Prof. Dr. Christoph Herrmann, Prof Dr. Stefan Korioth, PD Dr. phi.l Frank Kleinehagenbrock, Prof. Dr. Christian Waldhoff, Prof Dr. Anna Leisner-Egensperger, Prof. Dr. Andreas von Arnauld, Prof. Dr. Peter Selmer*)
- **Haushalten?**
  Tagung am 18. Mai 2012, unter der wissenschaftlichen Leitung des IGV-Mitglieds, Prof. Dr. Markus Heintzen (FU-Berlin) (Referenten: *Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof, Prof. Dr. Kai Konrad, Margaretha Sudhof Prof. Dr. Markus Heintzen, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Prof. Dr. Schorkopf, Ludger Schlief*)

Prof. Dr. Markus Heintzen, Prof. Dr. Michael Kloepfer, Ludger Schlief

VERÖFFENTLICHUNGEN

- M. Kloepfer/F. Schärdel Die Perspektiven der Volksgesetzgebung am Beispiel Berlins, DVBl. 2008, 1333 ff.
- M. Kloepfer/F. Schärdel Grundrechte für die Informationsgesellschaft, JZ 2009, 453 ff.
- M. Kloepfer, Verfassungsrecht, Band I, München 2011
- M. Kloepfer, Verfassungsrecht, Band II, München 2010
- v. Lewinski, Öffentlichrechtliche Insolvenz und Staatsbankrott, 2011
- M. Kloepfer, Gesetzgebungsoutsourcing – Gesetzgebung durch Rechtsanwälte, 2011
- v. Lewinski, Staatsbankrott als Rechtsfrage, Tagungsband 2011
- F. Schärdel, Die Bücherkodifikation, 2012
- M. Kloepfer, Grundrechtskonzertierungen. Zur Frage der parallelen und entsprechungsrechtlichen Ausübung von Grundrechten, in: Der grundrechtsgeprägte Verfassungsstaat, Festschrift für Stern zum 80. Geburtstag, S. 405-424.
- M. Kloepfer, Grundgesetz, Wende, Wiedervereinigung - Die Anpassung des Grundgesetzes im Prozess der deutschen Wiedervereinigung, in: Dynamik und Nachhaltigkeit des Öffentlichen Rechts, Festschrift für Schröder, 2012, S. 343-357.
- M. Heintzen, Auf dem Weg zu nachhaltig ausgeglichenen öffentlichen Haushalten, Tagungsband 2013

WIE SIE DAS FPR UND DIE VIER FORSCHUNGSINSTITUTE ERREICHEN KÖNNEN

Wenn Sie noch mehr über die Forschungsplattform Recht oder über die Forschungsinstitute erfahren möchten, dann können Sie das FPR-Team jederzeit gern per E-Mail, per Telefon oder postalisch unter folgender Anschrift erreichen:

Humboldt-Universität zu Berlin,
Juristische Fakultät,
FPR/FZU/FZK/FZT/IGV
Prof. em. Dr. Michael Kloepfer
Hausvogteiplatz 5-7
10099 Berlin

Tel.: 030/2093-91300
Fax: 030/2093-91301
Mail: sekretariat.kloepfer@rewi.hu-berlin.de

Frau Elke Glienke ist als Leiterin des Sekretariats der Forschungsplattform Recht und der Forschungsinstitute (FZU, FZT, FZK und IGV) Ihre erste Ansprechpartnerin und stellt gern den Kontakt für Sie her.

Frau Elke Glienke, Leiterin des Sekretariats der Forschungsplattform Recht

Die Forschungsplattform Recht (FPR) und ihre Institute finden Sie auch im Internet unter den folgenden Adressen:

FPR: fpr.rewi.hu-berlin.de
FZU: fzu.rewi.hu-berlin.de
FZK: fzk.rewi.hu-berlin.de
FZT: fzt.rewi.hu-berlin.de
IGV: igv.rewi.hu-berlin.de

WENN SIE MITGLIED WERDEN MÖCHTEN

Die vier gemeinnützigen Vereine freuen sich stets über neue Mitglieder. Sofern Sie sich für die Vereine interessieren und sich gern aktiv beteiligen möchten, so haben Sie selbstverständlich die Möglichkeit einem oder mehreren der Vereine als Mitglied beizutreten.

Die **Mitgliedsbeiträge** für persönliche Mitglieder belaufen sich in den Vereinen auf jeweils 30,00 € pro Jahr (Mindestbeitrag) und für korporative Mitglieder auf 550,00 € pro Jahr (Mindestbeitrag). Die Satzungen der Vereine (FZU, IGV, FZT und FZK) können unter den oben angegebenen Internetadressen eingesehen werden. Auf der Homepage des jeweiligen Vereins ist ein entsprechendes **Antragsformular** zur Mitgliedschaft für Sie abrufbar zur Verfügung gestellt.

SOFERN SIE SPENDEN MÖCHTEN

Das Team der Forschungsplattform Recht freut sich selbstverständlich über jede Spende, die die Forschungstätigkeiten der Institute unterstützen. Die gemeinnützigen Vereine haben hierzu folgende **Spendenkonten** eingerichtet:

Bankverbindung FZU:
Kto. 930050207
BLZ. 10050000
Berliner Sparkasse

Bankverbindung FZT:
Kto. 930050401
BLZ. 10050000
Berliner Sparkasse

Bankverbindung FZK:
Kto. 6604040656
BLZ. 10050000
Berliner Sparkasse

Bankverbindung IGV:
Kto. 6604075980
BLZ. 10050000
Berliner Sparkasse